

P/XVIII/61

Bonn, den 28. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Eine schwierige Aufgabe</u> Europa wartet auf neue Impulse G. Markscheffel	46
2	<u>Hilfsbremser Osterloh ?</u> Notwendige Bemerkungen zu einer schlechten Argumentation	48
3 - 3a	<u>Borner Hauptthema</u> Im den Neubau des Bundeshauses Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	53
3a	<u>Kadar als Beispiel</u> Wann wird Ulbricht folgen?	20
4	<u>Jugoslawien und der kommunistische Bruderzwist</u> Taktisch-ideologische Überlegungen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	46
5 - 6	<u>Österreich erwartet seine Gäste</u> Fremdenverkehr - Faktor ersten Ranges Von unserer Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	63

Chefredakteur Günter Markscheffel

Eine schwierige Aufgabe

Europa wartet auf neue Impulse

G.M. - Professor Hallstein ist ein vorsichtiger Mann. Wenn er am Mittwoch in Strassburg vor dem Europa-Parlament vor einer Blockbildung in der europäischen Gemeinschaft warnte und damit keinen Zweifel darüber offen ließ, was er von dem Sondervertrag zwischen Bonn und Paris hält, muß er wissen, warum er dies getan hat. Nach verhältnismässig langem Schweigen kam nun bei Hallstein der ganze Unmut zum Ausdruck, der sich bei ihm seit dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG angesammelt haben mag. Es spricht jedoch für Hallsteins Umsicht, wenn er trotzdem nicht nur rückblickend auf den Brüsseler Scheitern verweist, sondern vorausschauend einige Ansätze für die Fortführung einer konstruktiven europäischen Politik aufzeigte.

Wohl den meisten Mitgliedern des Europa-Parlaments ist Hallstein dadurch entgegengekommen, daß er auch das Problem weltweiter Zollsenkungen in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten aufwarf und hierbei nicht nur vom Europa der Sechs sprach, sondern auch gleichzeitig Großbritannien und andere europäische Staaten mit einschloß. Wahrscheinlich hat Herr Hallstein hierbei an das Angebot Kennedys vom 4. Juli 1962 zur Bildung einer Partnerschaft zwischen der USA und dem freien Teil Europas gedacht, ein Angebot, das bis heute von keiner der europäischen Regierungen offiziell und positiv beantwortet wurde.

In Strassburg fiel auf, daß sich die gaullistischen Abgeordneten kaum zu diesen von Hallstein angedeuteten Perspektiven äusserten. Aus diesem Umstand ergibt sich die Frage, ob man sich in Paris überhaupt aktiv an dem notwendigen Versuch zur Überwindung der gegenwärtigen Stagnation der Europa-Politik beteiligen will. Gelegentlich wird geäussert, de Gaulle wolle erst die Ratifizierung des deutsch-französischen Sonderabkommens abwarten, bevor er weitere Entscheidungen treffe. Wie diese Entscheidungen aussehen sollen oder könnten, weiß offenbar in Paris niemand; weder das Ausserministerium und wahrscheinlich noch viel weniger die gaullistische Fraktion der französischen Nationalversammlung,...

Als Sprecher der christlich-demokratischen Fraktion des Europa-Parlaments bestritt Professor Furler (CDU) mit aller Entschiedenheit, daß der deutsch-französische Sondervertrag die europäische Politik oder gar die Politik der atlantischen Gemeinschaft blockiere. Der Vertrag sei - so sagte Professor Furler - "lediglich der formelle Abschluß der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volke". - Da man sich schon seit Jahren in einer europäischen Gemeinschaft befindet, in der die Versöhnung bereits zur Tatsache geworden ist, fragte man sich im Anschluß an die Rede von Herrn Furler in Strassburg, wozu denn dann noch ein besonderer Vertrag notwendig sei.

Das ist alles sehr kompliziert, und sicher wird in den nächsten Wochen noch manches geschehen müssen, um die auch von Professor Hallstein - der es wohl am besten wissen müßte - bestätigte Krise der europäischen Politik aufzulockern und das durchaus nicht ungetrübte Verhältnis zu Washington zu verbessern.

Hilfsbremsen Osterloh ?Notwendige Bemerkungen zu einer schlechter Argumentation

sp - Der CDU-Kultusminister von Schleswig-Holstein, Edo Osterloh, warnte dieser Tage in der Evangelischen Akademie Bad Boll vor der "Gefahr einer weiteren Zerbröckelung des Schulwesens" der Bundesrepublik. Da der Einführung des 9. Schuljahres in Bayern und Nordrhein-Westfalen noch der Lehrermangel im Wege stehe, beschwöre die weitere Verlängerung der Pflichtschulzeit um ein 10. Schuljahr die Gefahr, daß wir uns auf dem Gebiete des Schulwesens auseinanderentwickeln.

Das 10. Vollschuljahr wird nicht nur von der Sozialdemokratie gefordert; auch die Pädagogen des Deutschen Ausschusses und z.B. die Industriellen des Ettlinger Kreises haben sich dafür ausgesprochen. Andererseits ist bekannt, daß die Kulturpolitiker der CDU von der durch die Kultusministerkonferenz beschlossenen Einführung des 9. Schuljahres nicht viel und von einem 10. Schuljahr gar nichts halten.

Darüber wird die Entwicklung hinweggehen. Was aber an der jüngsten Äußerung Osterlochs schockiert, ist die offenbar von ihm vertretene Auffassung, daß sich das Tempo dieser Entwicklung nach den Langsamsten im Glied zu richten habe.

Allzu vordergründiger Einwand

Der Hinweis auf den der Einführung des 9. Schuljahres in Bayern und Nordrhein-Westfalen entgegenstehenden Lehrermangel und die in letzter Zeit von der CDU gegen die zu seiner Entschärfung von sozialdemokratischen Kultusministern ergriffenen Notmaßnahmen entfachte Agitation entbehren in ihrer Vordergründigkeit nicht der Komik. Schließlich ist die sich in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach dramatisch zuspitzende Notlage keine zufällige Erscheinung, sondern die Folge einer strukturellen Schwäche unseres Erziehungswesens im Bereich der weiterführenden Bildungswege, für die diejenigen die Verantwortung tragen, die die längst überfällige Schulreform bisher zu v e r h i n d e r n wußten.

Was jetzt auch immer an Übergangslösungen erwogen wird, langfristig ist der Lehrerberuf nur zu decken, wenn die Zahl der Absolventen weiterführender Bildungsgänge bis 1970 verdoppelt und bis 1980 verdreifacht werden kann. Voraussetzung dafür ist aber, mit den Worten der Kultusministerkonferenz "der weitere Ausbau der Volksschuloberstufe zu einer den Zeitforderungen entsprechenden Bildungsstufe", d.h. die Einführung des 9. Schuljahres.

Zeit zum Handeln

Die Lage ist nur scheinbar paradox: Auf die Dauer kann der erforderliche Lehrernachwuchs nur durch den weiteren Ausbau unseres Schulwesens gesichert werden. Um diese Erkenntnis wird sich kein verantwortlicher Kulturpolitiker herumdrücken können. Nach dem Mut und der Energie, mit denen die Länder die Probleme anpacken, die auf diesem einzig gangbaren Weg zu lösen sind, wird man das Verantwortungsbewußtsein ihrer Kultusminister beurteilen müssen. Die Durststrecke der nächsten 7 - 10 Jahre erfordert, daß die Länder unverzüglich ein Programm lang- und kurzfristiger Maßnahmen in Angriff nehmen, die sich nach den Beschlüssen der 93. Plenarsitzung ihrer Kultusminister "auch auf die innere Reform der Schule erstrecken müssen".

Kultusminister Osterloh ist aber schlecht beraten, wenn er sich durch die Übernahme des Scheinarguments seiner christdemokratischen Kollegen in Bayern und Nordrhein-Westfalen zur Hilfsbremse derjenigen Kräfte macht, die aus der von ihnen selbstverschuldeten Notlage einen Hemmklotz gegen die weitere Entwicklung unseres Bildungswesens zu schmieden trachten.

Bonner Hauptthema

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Nicht Fragen der großen Politik beherrschen die Gemüter der Bonner Bevölkerung. Daß ihrer Stadt mehr durch Zufall als durch geschichtliche Bestimmung die Ehre zufiel, provisorische Hauptstadt der Bundesrepublik zu sein, nehmen sie mit Gelassenheit hin, es berührt sie nur an der Oberfläche ihres Bewußtseins. Wie die Beethovenstadt inzwischen ihr Antlitz geändert hat, wie sich unter dem ständigen Zustrom von Neubürgern die Bevölkerungsstruktur änderte, wie der Urbonner immer noch einen Rest von Eigenständigkeit zu wahren versucht und wie die seinerzeit gemachten Versprechungen, die Berufung zur Hauptstadt werde nur einige lumpige Millionen kosten, von der Entwicklung weit überholt wurden, bildet einen unerträglichsten Stoff für Spötter und Karkaturisten. Es gibt ganze Stadtviertel, in denen die Bonner, soweit sie vor 1939 ansässig waren, zur Minderheit zählen; sie sind umgeben von Menschen aus allen deutschen Ländern. Der ständig wachsende Ausbau des Regierungsapparats verschlang Riesenbuckeln; Riesenbauten aus Beton und Stahl wuchsen wie die Pilze aus dem beengten Boden. Das Haus der tausend Fenster, Sitz des Auswärtigen Amtes, erweist sich heute schon als zu klein; es genügt nicht mehr den Anforderungen.

Das Provisorium bekommt, gemessen an den Regierungsbeuten den Charakter des Dauernden. Von Hütten aus läßt sich ein moderner Industriestaat nicht regieren. Zeit und Notwendigkeit erfordern ihren Tribut. Die Exekutive muß, um wirksam zu sein, mit allen technischen Feinessen ausgestattet sein.

Aber wie steht es mit der Legislative? Die freigewählte Volksvertretung als die höchste gesetzgebende Körperschaft befindet sich hier im Nachteil. Anders ausgedrückt: die Bundestagsabgeordneten arbeiten unter beschränkten räumlichen Verhältnissen, es fehlt an Sekretariaten, es fehlt an Räumen für Sitzungen, manche müssen sogar, in Zeiten parlamentarischen Hochdrucks, in den Wandelgängen abgehalten werden. Wenn drei Personen in einem Zimmer schöpferisch zu arbeiten haben, kann gedankliche Konzentration nicht entstehen, muß die Arbeit darunter leiden. Daß der jetzige Bundestagssaal, die Stätte oft leidenschaftlich geführter Debatten und hochpolitischer Entscheidungen, nicht gerade der idealste ist, hat sich inzwischen auch in der Welt herumgesprochen. Ein Umbau des Bundeshauses mit allen dazugehörigen Requisiten und Arbeitsmöglichkeiten für die Volksvertreter steht seit vielen Monaten zur Diskussion. Und dies

erregt die Bonner Gemüter. Ein Blick auf die Leserschriften der zwei in dieser Stadt erscheinenden Tageszeitungen zeugt von der Heftigkeit des Für und Wider.

Der Beschluß des Bonner Stadtrates, die Gronau, beliebtes Ausflugsziel der Bonner und größter Sportplatz, für den Neubau zur Verfügung zu stellen, kam erst nach langem Hin und Her zustande. Hier mußte das Herz dem Verstand und der Einsicht weichen. Die Zustimmung des Stadtrates ist da, doch die Sache selbst ist im Bundestag noch nicht ausgegoren. Die Parteien haben dazu noch nicht offiziell Stellung genommen. Die vorgesehenen Baupläne liegen in den Schubladen des Bundestagspräsidenten. Aber allzu lange wird sich eine Entscheidung nicht umgehen lassen.

In diesem Zusammenhang entstand eine mit Blickrichtung auf Berlin geführte Kontroverse, ob man mit der Durchführung der vom Bundestagspräsidenten vorgeschlagenen Pläne den Schritt zur Verwandlung des Provisoriums Bonn in ein Definitivum tun würde. Daß die meisten Abgeordneten völlig unzulängliche Arbeitsräume haben, die in keinem Verhältnis zu den ihnen von den Wählern übertragenen Aufgaben stehen - darüber gibt es kaum Meinungsverschiedenheiten. Es wird also in nächster Zeit darauf ankommen, das sachliche Notwendige mit dem politischen Richtigen in Einklang zu bringen.

+ + +

Kadar als Beispiel

sp - Westliche Besucher Ungarns, stellen sie Vergleiche zwischen heute und der unmittelbaren Zeit nach der mißglückten Oktoberrevolution von 1956 an, sind erstaunt über den inzwischen eingetretenen Wandel. Offensichtlich ist der Ministerpräsident und Führer der ungarischen Kommunisten, Kadar, bestrebt, sich von dem düsteren Schatten zu lösen, den die damaligen tragischen Ereignisse auf Ungarn warfen. Der Griff der allmächtigen Staatspolizei wurde weitgehend gelockert, die Menschen sprechen freier und brauchen nicht zu befürchten, wegen einem falschen Wort im Gefängnis zu landen. Auch die schreckliche, durch die Zwangsindustrialisierung bedingte materielle Not, eine der Ursachen der Oktoberrevolution, ist, seit die gefüllten Fensterläden in Budapest ein Maßstab dafür sind, beseitigt. Nun setzte Kadar einen endgültigen Schlußstrich: sämtliche, seit 1956 in Haft befindliche politische Gefangenen wurden und werden freigelassen, manche von ihnen, soweit sie Künstler und Schriftsteller waren, dürfen sich wieder ungestört betätigen. Dem Wiener Kardinal Koenig wurde gestattet, den in der amerikanischen Botschaft Asyl gefundenen Kardinal Mindszenty zu besuchen - ein erregender Vorgang, der eine Fülle von Kombinationen entstehen läßt. Welch' himmelweiter Unterschied besteht zwischen dem kommunistischen Ungarn und der sowjetischen Zone! Ulbricht hält immer noch entgegen allen Gesetzen der Menschlichkeit ungezählte politische Gefangene fest und verschließt sich allen Appellen, Kadars Beispiel zu folgen. Wann wird der Druck der Weltöffentlichkeit so stark werden, daß sich auch ein Ulbricht dem nicht mehr entziehen kann?

+ + +

Jugoslawien und der kommunistische Bruderzwist

Taktisch-ideologische Überlegungen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

In der jugoslawischen Hauptstadt verfolgt man die Entwicklung des Prinzipienstreites zwischen Moskau und Peking mit so großer Zurückhaltung, daß man als politischer Beobachter den Eindruck gewinnen kann, die jugoslawischen Kommunisten seien eigentlich die einzigen, die sich an den Vorschlag Chruschtschows halten, über die bestehenden Differenzen nicht mehr öffentlich zu sprechen. Aber trotz aller Zurückhaltung ist der Eindruck allgegenwärtig, daß unendlich viel für Jugoslawien vom Ausgang dieser Auseinandersetzung abhängig ist. Ein Sieg der dogmatischen Chinesen würde zwangsläufig bedeuten, daß Belgrads soeben normalisierte Beziehungen zum größten Teil der kommunistischen Welt erneut erschüttert würden, daß die jugoslawische Partei, erneut mit dem Kainszeichen des Verrates an den revolutionären Ideen des Kommunismus gebrandmarkt, in die ideologisch-politische Isolation gedrängt würde.

Die Befürchtungen jedoch, es könnte hierzu kommen, sind in Belgrad nicht allzu stark verbreitet. Stammen auch etwas aufgebauschte Vermutungen, Moskau könnte erneut einen Botschafter in die albanische Hauptstadt Tirana entsenden, aus politischen Kreisen Belgrads, so würde man in der Verwirklichung dieser Idee nur eine taktische und keineswegs prinzipielle Konzession Moskaus an die dogmatischen Kräfte innerhalb der kommunistischen Weltbewegung sehen. Nämlich, die politische Flöße zuzudecken, die sich die Großmacht Sowjetunion durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Zwergstaat Albanien vor der Welt gegeben hat. Für dieses formale Entgegenkommen jedoch hätte die andere Seite mit inhaltlichen Konzessionen zu zahlen.

Dass Peking und Tirana zu einem solchen Entgegenkommen jedoch bereit sind, hält man in der jugoslawischen Hauptstadt für außerordentlich unwahrscheinlich. Selbst die von Peking und Moskau geäußerte Bereitschaft, Direktverhandlungen zur Beilegung des kommunistischen Bruderzwistes aufzunehmen, ändert daran nur wenig. Ist doch hier nicht entgangen, daß die Chinesen erst nach dem Briefwechsel, darin Chruschtschow nach Peking eingeladen wurde, der ideologischen Disput durch ihre Presse in die breite Weltöffentlichkeit getragen haben. Die dabei fixierten chinesischen Verhandlungspositionen verlangen nach Belgrader Ansicht nicht weniger als die Kapitulation Chruschtschows. Daß dies keine Grundlage für eine auszuhandelnde Versöhnung sein kann, versteht sich an Rand.

In Belgrad hält man es somit für recht unwahrscheinlich, daß es zu einer Versöhnung zwischen Chruschtschow und Mao Tse-tung auf Kosten Jugoslawiens kommen könnte. Ob die Überzeugung jedoch, die Zeiten seien endgültig vorbei, da alle kommunistischen Parteien der Welt ein ähnlich faules Kompromiß zugunsten Jugoslawiens aushandeln, wie sie es in Moskau im Herbst 1960 getan haben, auf dem westlichen Beobachtern unbekanntem Einsichten oder Wunschen beruht, ist schwer zu entscheiden. Solche Ansichten dürften zumindest so lange eine sichere Basis haben, wie Chruschtschow in Moskau das Ruder fest in der Hand hält. Daß Chruschtschow Position aber absolut sicher ist, wagen nur politische Optimisten ohne jeden Zweifel zu behaupten.

Österreich erwartet seine Gäste

Fremdenverkehr - Faktor ersten Ranges

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Jetzt ist die Zeit gekommen, in der man allenthalben Urlaubspläne schmiedet. In Wien wurde dieser Tage eine große Ausstellung "Urlaub in Österreich" eröffnet. Jedes der neun Bundesländer weist mit eigenen Kojen auf seine Naturschönheiten hin und läßt an Interessenten verlockend farbenfrohe Prospekte verteilen.

Für die österreichische Wirtschaft ist der Fremdenverkehr ein Faktor ersten Ranges. Große Teile der Bevölkerung leben mittelbar oder unmittelbar von den erholungsuchenden Urlaubsgästen. Darüber hinaus bilden die Naturschönheiten des Landes und die Gastlichkeit seiner Bewohner eine Art "unsichtbarer Export", ohne den das Land auf die Dauer gar nicht existieren könnte.

Österreich führt nämlich mehr Waren ein als es ausführt. Damit ist die sogenannte Handelsbilanz passiv. Die Folge davon wäre eine hoffnungslose Verschuldung, wenn es nicht die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr gäbe. Sie haben im Vorjahr 9,2 Milliarden Schilling betragen. Damit wird die Zahlungsbilanz ausgeglichen und es gibt sogar einen Überschuß.

Das beträchtliche Defizit im Staatshaushalt, das bei den jüngsten Verhandlungen zur Regierungsbildung ein besonders schwieriges Problem dargestellt hat, darf nicht darüber täuschen, daß Österreichs Wirtschaft gesund und leistungsfähig ist, sofern man in den Gesamtkomplex auch den Fremdenverkehr mit einbezieht. Allerdings weiß man in Österreich auch, daß gerade der Fremdenverkehr am meisten krisenanfällig ist.

Zudem ist in keinem anderen Wirtschaftszweig die Abhängigkeit Österreichs von der Bundesrepublik so groß wie im Fremdenverkehr. Von 54 Millionen Fremdenübernachtungen im Jahre 1962 entfielen zwei Drittel auf Ausländer und von den Ausländern sind wieder rund zwei Drittel Gäste aus der deutschen Bundesrepublik.

Es gibt Gegenden im Westen Österreichs, die in den Sommermonaten der "Bevölkerung" nach eher einem deutschen als einem österreichischen

Bundesland gleichen. Autos mit deutschen Kennzeichen beherrschen das Strassenbild derart überwiegend, daß österreichische Autofahrer in freundschaftlicher Solidariät einander bereits zuwinken. Es gibt in diesen Gegenden auch Geschäfte und Restaurants, in denen die Preise nicht mehr in österreichischen Schillingen, sondern nur in D-Mark angeschrieben sind, worüber sich Österreicher in Leserschriften an ihre Zeitungen oftmals empören.

Österreichs "stiller Export" durch den Fremdenverkehr gründet sich nicht nur auf die großartigen Naturschönheiten, sondern vor allem auch auf die für deutsche Urlauber günstigen Preise. Diese aber haben ihre Ursache in einem bewußt niedrig gehaltenen Umrechnungskurs. Obgleich eine D-Mark kaufwertmässig ungefähr dem Betrag von fünf österreichischer Schillingen entspricht, erhält man dafür rund 6,20 Schillinge und damit verbilligt sich der Urlaub, vor allem dann, wenn man sich rechtzeitig etwas Günstiges aussucht.

Für Einheimische hingegen ist der Aufenthalt in den bevorzugten Urlaubsgegenden Österreichs gar nicht so billig, ganz abgesehen davon, daß ganze Ortschaften sozusagen bis unter das Dach pauschal an deutsche Reisebüros "verkauft" werden. Nicht wenige Österreicher flüchten daher im Sommer nach Jugoslawien oder Italien.

In Österreich sind Tagespensionspreise von zehn D-Mark und darunter durchaus üblich. Viele deutsche Urlauber geben oft ihrer Verwunderung über die niedrigen Preise, auch bei Getränken und dergleichen, vernehmlich Ausdruck, was sodann naturgemäß zu Preissteigerungen ermutigt, zumal manche Urlauber beim Geldausgeben nicht gerade knausrig sind.

Das weitaus beliebteste Reiseziel ausländischer Gäste ist Tirol mit 40 Prozent Anteil am ausländischen Fremdenverkehr. Es folgen Salzburg mit 19 und Kärnten mit 17 Prozent. In den letzten Jahren hat das sonnige und seenreiche Kärnten an Beliebtheit stark zugekommen. Insgesamt kommen von Jahr zu Jahr mehr Fremde auf Urlaub nach Österreich. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. Auch in diesem Jahr ist wieder mit einer beträchtlichen Zunahme zu rechnen. Das ist wohl ein überzeugender Beweis dafür, daß es in Österreich wirklich schön und preiswert ist.